Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 26 (1934)

Heft: 10

Artikel: Ausschusssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 27./29. August

Autor: Meister, M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352713

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 10 Oktober 1934 26. Jahrgang

Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 27./29. August.

Von M. Meister.

Vorgängig der Jahrhundertfeier des Britischen Gewerkschaftsbundes in Dorchester tagte in Weymouth der Ausschuss des IGB, der sich neben den ordentlichen Traktanden, wie Genehmigung des Tätigkeits- und Finanzberichtes, vornehmlich mit dem Bericht über die Reorganisation des IGB und dem Plan über die Zusammenfassung der internationalen Berufssekretariate, ferner mit dem Bericht über die Aktion gegen den Faschismus, dem Kampf gegen Krieg und mit den dringlichsten Problemen der Gewerkschaftsjugend beschäftigte.

An der Sitzung waren folgende Landeszentralen vertreten: Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Oesterreich, Palästina, Saargebiet, Spanien, Schweden, Schweiz und Tschechoslowakei. Von den Berufsinternationalen waren 23 vertreten. Ausserdem waren Delegierte der norwegischen und irischen Gewerkschaften anwesend. Gastdelegierte des Internationalen Arbeitsamtes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nahmen ebenfalls an den Beratungen teil.

In der kurzen Eröffnungsrede verwies der Vorsitzende, Citrine, auf die Verbindung der Ausschusssitzung des IGB mit der Jahrhundertfeier des Britischen Gewerkschaftsbundes. Er gedachte der ungezählten Opfer der Gewerkschaftsbewegung nicht nur in England, sondern in allen Ländern der Welt. Diese haben alles und vielfach noch ihr Leben für die freiheitlichen Rechte der Arbeiterschaft hingegeben. Er gedachte der heldenhaften Opfer der Februarkämpfe in Oesterreich und erklärte, dass er stolz sei auf die gewaltige internationale Solidaritätsaktion, die

namentlich für Oesterreich in diesem Jahre durchgeführt werden konnte. Nach Ehrung der Toten durch den Ausschuss wurde auf die Tagesordnung eingetreten.

Der schriftlich vorliegende Tätigkeitsbericht 1933/34 wurde durch den Generalsekretär, W. Schevenels, mündlich ergänzt. Er berichtete insbesondere über den Umfang der Hilfsaktionen für Deutschland und Oesterreich. Die letztere allein hat über 6 Millionen franz. Franken ergeben und ist somit die grösste Hilfsaktion, die jemals durch die Internationale durchgeführt wurde. Dazu kommen noch die Gelder, die von einzelnen Ländern und direkt durch die Berufsorganisationen verabfolgt wurden.

Ueber den Anschluss neuer Landesorganisationen schreibt der Bericht, dass die Freigewerkschafter des Saargebietes, die sich vom ersten Augenblick an mit aller Entschiedenheit geweigert haben, sich nach deutschem Nazimuster gleichschalten zu lassen, den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund für das Saargebiet gegründet haben. Anlässlich der Konstituierung als selbständige Organisation konnten rund 26,000 Mitglieder verzeichnet werden. Das beim IGB eingegangene Anschlussgesuch wurde empfehlend an den Kongress in Brüssel verwiesen, der der Aufnahme der Saar-Gewerkschaften in den IGB als Landesorganisation einmütig zustimmte.

Der Indische Gewerkschaftsbund, Sitz Bombay, hatte am 24./25. Dezember 1933 seinen ersten Gewerkschaftskongress abgehalten und einstimmig eine Resolution angenommen, in der der zunächst auf zwei Jahre vorgesehene Anschluss an den IGB beschlossen wurde. Es ist das erste Mal, dass ein derartiger Beschluss in der Geschichte der indischen Gewerkschaftsbewegung vorgekommen ist, der um so erfreulicher ist, weil bisher gerade die Frage des internationalen Anschlusses einer der Hauptstreitpunkte in der indischen Bewegung war, die sie in zwei Lager spaltete. Erfreulicherweise scheint damit die Zeit der Spaltung und der innern Unsicherheit vorüber zu sein. Der Indische Gewerkschaftsbund umfasst 50 Organisationen mit rund 137,000 Mitgliedern.

Im weitern stellt der Bericht mit Genugtuung fest, dass sich neue Berührungspunkte mit den amerikanischen Gewerkschaften ergeben haben durch den gemeinsamen Kampf gegen Hitler-Deutschland und den Faschismus. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund hat sich dem vom IGB proklamierten Boykott vollinhaltlich angeschlossen und ihn in Amerika in wirkungsvollster Weise durch intensive Propaganda, besonders durch Indienststellung des Rundfunks für den Boykott, durchgeführt. Die Beziehungen zwischen dem IGB und den amerikanischen Gewerkschaftern sollen in Zukunft noch enger gestaltet werden. So wurde durch den Ausschuss beschlossen, einer Einladung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes durch Abschickung einer Delegation Folge zu leisten.

Auch die Beziehungen mit den Arbeiterorganisationen von Brasilien, die seit Jahren gepflegt wurden, gestalteten sich durch die gemeinsame Aufgabe der Boykottdurchführung enger. Auf Grund des Brüsseler Boykottbeschlusses des IGB haben die brasilianischen Organisationen den Boykott ebenfalls proklamiert und berichten über gute Ergebnisse, die gemeinsam mit demokratischen und liberalen Organisationen des Landes erzielt werden konnten.

Nach kurzer Diskussion, die sich vor allem mit der engern Zusammenarbeit des IGB mit den einzelnen Ländern beschäftigte, wurde der Jahresbericht genehmigt.

Die Jahresrechnung gab zu weitern Bemerkungen keinen Anlass. Die durchgeführten Sparmassnahmen infolge des Ausfalles der Mitgliederbeiträge aus Deutschland und Oesterreich fanden allgemeine Zustimmung.

Nach Annahme des Tätigkeitsberichtes erstattete Schevenels Bericht über die Reorganisation des IGB und den Plan der Zusammenfassung der internationalen Berufssekretariate sowie über den Verlauf der bisherigen Bemühungen in dieser Frage. Nach einlässlicher Diskussion, an der sich die Vertreter der internationalen Berufssekretariate grundsätzlich für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit ihrer Organisationen, aber für eine engere Zusammenarbeit aussprachen, wurde beschlossen, eine gemischte Kommission aus Vertretern des IGB-Vorstandes und der internationalen Berufssekretariate zu schaffen. Diese Kommission erhielt die Aufgabe, sobald als möglich eine annehmbare Lösung dieser Fragen vorzuschlagen. Als Kommissionsverteter wurden gewählt: Shaw (England), Fimmen, De Jong, Speckmann, Van der Heeg, die letzten vier alle aus Holland.

Der zweite Sitzungstag beschäftigte sich mit dem Bericht des Vorstandes über den Kampf gegen den Faschismus. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

Vor mehr als einem Jahre hat der VI. Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach der Prüfung der durch den Sieg des Faschismus und durch die Zerstörung der Freiheiten und der Arbeiterorganisationen in Deutschland geschaffenen Lage beschlossen, in allen Ländern die Waren aus Hitler-Deutschland zu boykottieren. Darüber hinaus wurden alle angeschlossenen Organisationen aufgefordert, den mit allen Mitteln gegen den Faschismus zu führenden Kampf bis aufs äusserste zu verschärfen.

Inzwischen sind andere Länder, wie Oesterreich, Bulgarien, Lettland und Estland, dem Faschismus zum Opfer gefallen, während sich in allen übrigen Ländern die faschistische Gefahr immer deutlicher abzeichnet. Vor nicht langer Zeit gab es noch Genossen, die an der Grösse des Uebels zweifelten und den internationalen Charakter des Faschismus und seiner Ursachen verkannten. Heute gibt es in der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung keinen Führer mehr, der die faschistische Gefahr herabsetzt oder verkennt. Keine soziale Schicht irgend eines Landes scheint gegen die demoralisierende und zerstörende Wirkung dieses Giftes gefeit.

Sobald es sich jedoch darum handelt, das faschistische Phänomen zu erklären, seine Ursachen und seine Entwicklung zu bestimmen, um Schlussfolgerungen in bezug auf die zweckmässigen und wirksamen Mittel zu seiner Bekämpfung und Ueberwindung zu ziehen, ergeben sich aufs neue tiefe Meinungsverschiedenheiten! Die aufgestellten Thesen und die vorgeschlagenen Aktionsmittel sind so verschieden, dass ihre praktische Anwendung in der täglichen Aktion oft dazu führt, dass sich die Anstrengungen im Kampf gegen den Faschismus gegenseitig aufheben. Es steht ausser Zweifel, dass die Ursachen, die den Faschismus herbeiführten und nährten, endgültig beseitigt werden könnten, wenn sich in allen demokratisch gebliebenen Ländern die gegen den Faschismus gerichteten demokratischen Kräfte zusammentun und gemeinsam handeln würden.

Die faschistischen Diktatoren würden dadurch materiell und moralisch erheblich geschwächt, während anderseits die unter ihrem Joch lebenden Völker durch das Beispiel des moralischen, politischen und wirtschaftlichen Widerstandes der demokratischen Länder in der Wiedereroberung ihrer nationalen Freiheit sowie ihrer menschlichen und politischen Rechte ermutigt und gestärkt werden.

Um in den einzelnen in Frage kommenden Ländern zur Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus zu gelangen, muss — wie wir bereits gesagt haben — ein Einvernehmen über die wichtigsten Punkte des Problems, sowohl in bezug auf die Grundursachen der faschistischen Erscheinungen als auch hinsichtlich der im Kampf anzuwendenden Mittel, herbeigeführt werden. Dieses Einvernehmen muss nicht nur zwischen allen Teilen der Arbeiterbewegung zustandekommen (gewerkschaftliche politische und Jugendorganisationen), sondern muss sich auch auf jene heute noch bürgerlich genannten Kreise ausdehnen, die der Demokratie unerschütterliche Treue bewahren und durch ihre wirtschaftliche Stellung unvermeidbar antikapitalistisch eingestellt sind oder es sein werden. Denn man muss, ob man will oder nicht, anerkennen, dass in nahezu keinem Lande die organisierte oder organisierbare Industriearbeiterschaft die Mehrheit der Nation ausmacht. Andererseits können und wollen wir nicht auf das demokratische Prinzip verzichten, das die Grundlage unserer Aktion und unserer Einstellung ist. Wir müssen jegliches System der Gewalt von uns weisen, das den Zweck hat, unseren in der Minderheit seienden Willen unter dem Vorwand der Bewahrung vor dem Faschismus einem Lande aufzuzwingen, denn sonst ergäbe sich die unvermeidbare Folge, dass wir es selbst sind, die die Demokratie und die politischen Freiheiten des Volkes unterdrücken.

Nein, sowohl unsere Aktion gegen den Faschismus als auch unsere Anstrengungen zugunsten der Umgestaltung der Gesellschaft und der Aufrechterhaltung des Weltfriedens sind nur als ein Kampf der demokratischen Welt gegen den Faschismus, den Kapitalismus und den Krieg denkbar. Zu diesem Zwecke müssen wir in jedem Lande eine mächtige und geeinte Mehrheit erzielen. Diese Mehrheit kann nur zustandekommen, indem sich der organisierten Industriearbeiterschaft die grossen Massen der Bauern, die Mehrheit der Intellektuellen und Techniker, der Mittelstand und in einem noch weiteren Sinne die Jugend beigesellen.

Nach diesen grundsätzlichen Feststellungen versucht der Bericht eine Reihe von Ursachen aufzudecken und Mittel und Wege im Kampfe gegen den Faschismus anzugeben. Der Bericht fährt fort:

Zu den wichtigen Ursachen des Faschismus, das heisst jenen, die im gleichen Sinne und in allen Ländern wirksam waren, gehört insbesondere die wirtschaftliche und strukturelle Krise der kapitalistischen Gesellschaft. Durch diese Krise wurden Millionen von Hand- und Kopfarbeitern aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet, wobei ihnen gleichzeitig die Hoffnung auf eine Wiederbeschäftigung für immer genommen wurde.

Noch ernster sind die materiellen und moralischen Rückwirkungen der Krise für die Jugendlichen, die die Schule verlassen und auf Jahre hinaus keine Aussicht haben, in irgend einem Wirtschaftszweig Beschäftigung zu finden.

Es erscheint natürlich, dass die von der Krise am härtesten und längsten betroffenen Kategorien, die keine Möglichkeit mehr sehen, ihrem traurigen Los und einer noch traurigeren Zukunft zu entgehen, schliesslich einer grenzenlosen Verzweiflung anheimfallen und so angesichts ihrer politischen und sozialen Unerfahrenheit die leichte Beute faschistischer Demagogie werden.

Dies ist um so begreiflicher, als gewisse wichtige Schichten, das heisst die Bauern, der Mittelstand und bis zu einem gewissen Grad auch die Intellektuellen, auf Grund einer Propaganda zu antikapitalistischen Ueberzeugungen gelangen, bei der mit Vorliebe von der Gegnerschaft gegen den Liberalismus und Marxismus gesprochen wird. Diese Schichten sind den besagten Formeln um so eher zugänglich, als sie ihrer tiefen, das heisst traditionellen Feindschaft gegen den enteignenden Sozialismus und seine Befürworter entsprechen, die das Unglück hatten, die Propheten der fortschreitenden und allgemeinen Verproletarisierung dieser Bevölkerungsschichten zu sein.

Unter diesen Kategorien und Schichten der Bevölkerung muss eine gründliche Aufklärungsarbeit eingeleitet werden, um ihnen die wahren Ziele des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse verständlich zu machen und die gewaltigen Widersprüche zwischen den Worten und Taten, den Programmen und Verwirklichungen der Diktatoren aufzuzeichnen, die sie zur Macht gebracht haben oder bringen wollen. Es muss ihnen klar und unwiderlegbar gezeigt werden, welche Früchte und Resultate die Diktatur zeitigt, die die Länder, in denen Demokratie und Parlamentarismus vernichtet und diese der Ohnmacht, der Korruption und Zerstörung bezichtigt wurden, in eine wirtschaftliche, finanzielle, politische und moralische Lage stürzten, die unendlich viel schlimmer ist als sie unter irgend einem demokratischen Regime je hätte sein können.

Ohne Zweifel herrscht Einstimmigkeit darüber, dass diese Aktion der Aufklärung der Geister zu den dringlichsten und wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung gehört. Durch sie sollen die gefährlichen Truggebilde, die unsere Gegner auf Grund der undeutlichen Wünsche und Vorstellungen so vieler Verzweifelter vortäuschen, zerstört und so die wirtschaftlichen und moralischen Verheerungen des Faschismus aufgedeckt werden.

Die Umschreibung dieser Aufklärungsarbeit führt uns zu den politischen Seiten des Problems. Nationalismus und Rassenwahn, die durch die in den Friedensverträgen aufgehäuften und durch den wirtschaftlichen Nationalismus genährten und verschärften Irrtümer möglich wurden und gleichzeitig Ursache und Folge der finanziellen, wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit sind, gehören zu den wichtigsten Punkten dieses Problems. Daneben gibt es jedoch noch andere. Auf nationalem wie auf internationalem Gebiet haben die Unzulänglichkeit und das Versagen des Parlamentarismus ein übriges getan, um die Sympathien der grossen Massen nach und nach und in unterschiedlichem Ausmass der Demokratie zu entfremden. Die grossen Volksmassen leiden unter dem Elend der Krise, sie fürchten die Schrecken eines neuen Krieges und erwarten vergeblich energisches und rettendes Handeln von den demokratischen Einrichtungen, die angeblich das Volk durch das Volk

regieren und seinen Interessen dienen, jedoch gleichzeitig allzu oft das Schauspiel ihres Versagens, wenn nicht gar ihrer Unterwerfung unter die Finanzmächte boten. In ihrer Enttäuschung beginnen sie, an diesem Regime zu zweifeln und suchen nach einem anderen, das ihre berechtigten Forderungen erfüllt. So fallen sie der hinterlistigen Propaganda der Faschisten zum Opfer.

Aber nicht weil der Parlamentarismus Schwächen zeigt, soll er verurteilt und soll das Parlament ausgeschaltet werden. Im Gegenteil! Wir kennen nun die Ursachen und die einzelnen Faktoren der Unzulänglichkeit des Parlamentarismus, wir sind über die Gründe unterrichtet, die seine Entwicklung und Anpassung hemmten. Wir wissen, dass das Instrument besser ist als seine Anwendung, bei der es gefälscht wurde. Es muss deshalb nach seiner Erneuerung, seiner Verbesserung und seiner Anpassung an die Erfordernisse der gegenwärtigen Lage gestrebt werden.

Aus dieser kurzen Ergründung des gegenwärtigen Tatbestandes und dieser zusammenfassenden Prüfung der in Frage kommenden Lösungen kann im Hinblick auf unsere Aktion eine Reihe von Schlüssen gezogen werden.

In erster Linie handelt es sich darum, ohne die geringste Verzögerung in konkreter und einleuchtender Weise die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Sie ist die tiefere Ursache der moralischen Verwirrung, die der Faschismus für seine Propaganda und sein Machtstreben ausnutzt. Diese in allen Ländern dringend nötige Aktion ist zu einem grossen Teil schon durch die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten wirtschaftlichen Richtlinien nützlich vorbereitet worden, deren Forderungen sofort verwirklicht werden können. Es gibt Leute, die annehmen, dass die Krise vorübergehen wird und die glauben, dass dadurch wieder normale Zustände geschaffen werden. Wir gehören jedoch nicht zu jenen, die an eine automatische und baldige Beseitigung der Krise glauben. Im besten Falle kann man mit einer Milderung der Krise rechnen. Diese reicht jedoch nicht aus, um jene unbedingt nötige moralische Gesundung der Welt herbeizuführen.

Aus dem Vorangehenden ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, den Mittelstand, die Bauern und geistigen Arbeiter usw. für unsere Sache zu gewinnen, ihre Einsichten und ihren Geist zu schärfen und ihr Urteil über politische und soziale Tatbestände einer Gesundung entgegenzuführen.

Gleich wichtig erscheint es uns, das Prinzip der Demokratie zu bekräftigen und gleichzeitig ihren genauen Inhalt und ihre ganze Bedeutung darzustellen. Im Hinblick auf die Erweiterung der Pflichten und Aufgaben des Staates und der Notwendigkeiten einer modernen Wirtschaft muss unser Streben auf eine Erneuerung und Anpassung der parlamentarischen Einrichtungen als Gegengewicht gegen jegliche diktatorischen und faschistischen Bestrebungen gerichtet sein.

Endlich erscheint es dringend und unbedingt notwendig, in jedem Lande die richtige Formel zu finden und durchzuführen zur Erzielung der Zusammenfassung und Konzentrierung aller demokratischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Kräfte, die allein in der Lage sind, auf demokratischem Wege im Zeichen der Solidarität, des internationalen Einvernehmens, des Friedens, der Gerechtigkeit und des allgemeinen Wohlergehens die wirtschaftliche, politische und moralische Gesundung des Landes herbeizuführen.

Nach erläuternden Bemerkungen von Schevenels und nach gewalteter Diskussion wurde der Bericht einstimmig genehmigt.

In geschlossener Sitzung wurden die Berichte über den Kampf in den Ländern mit Diktatur, insbesondere Deutschland und Oesterreich, einer eingehenden Diskussion unterworfen. Friedrich

Adler, Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, erstattete einen kurzen Bericht über die vom IGB und der SAI gemeinsam durchgeführten Aktion für den Rechtsbeistand der österreichischen Kollegen.

Ein ausführlicher Bericht von Dobisch über die Verhältnisse im Saargebiet fand die ungeteilte Aufmerksamkeit des Ausschusses. Dieser bekundete dem Kampf der Gewerkschaften im Saargebiet, im Hinblick auf die Volksabstimmung vom Januar 1935, grösste Sympathie und versprach, dem Saarländischen Gewerkschaftsbund seine vollste Unterstützung angedeihen zu lassen.

Am dritten Tage wurde in geschlossener Sitzung eingehend und ausführlich das Problem der Einheitsfront besprochen. Dabei kam zum Ausdruck, dass die Angebote der Kommunisten und der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau zur Bildung von Einheitsfront und Einheitsaktion Manöver sind, die den ehrlichen Willen vermissen lassen. Der IGB unterstreicht erneut, dass die Rote Gewerkschaftsinternationale die Schuld an der Spaltung und Schwächung der internationalen Gewerkschaftsbewegung trägt durch ihre ausgegebenen Parolen des Kampfes gegen die Gewerkschaften. Der IGB, der die Einheit heute für wichtiger denn je hält, sieht im Internationalen Gewerkschaftsbund die alleinige Basis, die alle Arbeiter vereinigen kann. Er fordert daher alle Arbeiter auf, sich den dem IGB angeschlossenen Verbänden anzuschliessen.

In der Nachmittagssitzung referierte in eingehender Weise Jouhaux über die Aktion gegen den Krieg. Die von ihm vorgelegte Resolution des Vorstandes fand volle Zustimmung des Ausschusses. Sie lautet:

« Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter ganz besonders auf die Gefahren hin, die aus der internationalen Lage entspringen.

Die Wirtschaftskrise, die Machtergreifung diktatorischer Regierungen in verschiedenen Ländern haben die nationalen Gegensätze auf die Spitze getrieben und Chauvinismus und Militarismus gefördert.

Die Welt, und insbesondere Europa, starrt von Bajonetten, und Luftwaffen halten sich bereit, die Bevölkerung mit tödlichem Gas zu überschütten.

Die Aufrüstung ist von neuem das Ziel der Regierungen geworden.

Schärfer als jemals entschlossen, sich einem neuen Völkermorden zu widersetzen, bestätigen die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen erneut die Beschlüsse der Kongresse von Stockholm und Brüssel.

Sie verlangen, dass der Völkerbund zur Abwehr des Krieges das Schiedsgerichtsverfahren für alle politischen und wirtschaftlichen Konflikte unter den Nationen als Verhütungsmassnahme einleitet. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird die Angreifer denunzieren und erklärt, dass gegen sie alle direkten Massnahmen (Boykott, Generalstreik usw.) angewendet werden, die geeignet sind, ihre kriegerischen Absichten zu unterbinden.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird ermächtigt, die Entwicklung der Ereignisse aufmerksam weiterzuverfolgen, um in der Lage zu sein, die Entscheidung über die notwendigen Massnahmen zu treffen.

Bezüglich der Abrüstungskonferenz weigert sich der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das Scheitern dieser letzten Hoffnung der breiten Volksmassen hinzunehmen, und verlangt, dass nach der Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz der unter dem Vorsitz des Genossen Henderson gemachte Vorschlag des Verbotes der freien Kriegsmaterialerzeugung angenommen und eine internationale Kontrolle über die Erzeugung, den Handel und den Transport von Kriegswaffen und Munition angenommen wird.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit konnte das Problem der Gewerkschaftsjugend, auf dessen Behandlung unsere Delegation, auf Grund der Beschlüsse des letzten schweizerischen Gewerkschaftskongresses, besonderen Wert gelegt hatte, nicht mehr behandelt werden. Es wurde an den Vorstand zurückgewiesen.

Wenn vielleicht auch infolge der vielen Geschäfte und infolge der kurzen Zeit nicht alle Delegierten auf ihre Rechnung gekommen sind, so darf doch gesagt werden, dass der Ausschuss gute Arbeit geleistet hat. Vor allem brachten die Verhandlungen die enge Verbundenheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in allen Ländern in anschaulicher Weise zum Ausdruck.

Existenzmöglichkeiten der schweizerischen Industrie.

Von Max Weber.

Die Tagespresse schreibt heute zwar meistens nur von den Schwierigkeiten und von den Unmöglichkeiten der Weiterexistenz unserer Industrie. Und doch ist es die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, gerade unter den schwierigsten Umständen nach neuen Möglichkeiten zu suchen. Die Frage, wie und in welchem Umfang die schweizerische Industrie weiterhin existenzfähig sein wird, ist eine entscheidende Frage für die schweizerische Volkswirtschaft; denn die Industrie ist tatsächlich ihr Rückgrat, wenn sie auch vielleicht nicht mehr die überragende Bedeutung hat wie noch vor einigen Jahrzehnten.

Um diese Frage zu beantworten, wird es notwendig sein, sich zu besinnen, auf was für Grundlagen sich die schweizerische Industrie aufgebaut hat. Es hat ja von jeher das Staunen der wirtschaftlichen Theoretiker und Praktiker erregt, dass die Schweiz mit ihrem rauhen Klima, ihrem unebenen Land, mit ihrem völligen Mangel an Rohstoffen nicht ein Land der Wälder und Weiden geblieben ist, sondern sich zu einem der bedeutendsten Industrieländer entwickelt hat. Schon vor 100 Jahren hat Dr. John Bowring, der im Auftrage der englischen Regierung unser Land bereiste, festgestellt:

« Es musste in der Tat die Aufmerksamkeit jedes Nachdenkenden erregen, dass die Schweizer Fabrikanten, fast unbeachtet,